

Ganztagsschule

Ab August 2026 steht Grundschulkindern ab der 1. Klasse ein Ganztagsbetreuungsplatz zu. Der Anspruch wird in den Folgejahren um je eine Klassenstufe ausgeweitet. Somit hat ab August 2029 jedes Grundschulkind der Klassenstufen eins bis vier einen Anspruch auf ganztägige Betreuung.

Sehen Sie die Verwaltungen im Rhein-Pfalz-Kreis hierfür gerüstet und wie können Sie im Bedarfsfall die Kommunen unterstützen?



Die Kreisverwaltung arbeitet derzeit in enger Zusammenarbeit mit den Schulträgern an der Umsetzung des Ganztagsförderungsgesetzes und ist hier auch gut aufgestellt. Um das GaFöG zeitnah umsetzen zu können, wurde in der Kreisverwaltung eine Arbeitsgruppe zusammengestellt, welche sich aus verschiedenen Akteuren der Jugendpflege zusammensetzt, um möglichst alle Bereiche der Jugendförderung abzudecken.

Der Kreis hat hier eine koordinierende Aufgabe und hilft den Kommunen und Schulen bei der Planung, Umsetzung und Evaluation der Ganztagsangebote. Hierzu ist auch die Vernetzung der einzelnen Akteure von großer Bedeutung. Schulen, Träger der Jugendhilfe, Kreisjugendpfleger und weitere Akteure werden an einen Tisch gebracht, um den Austausch und die Zusammenarbeit im Bereich der Ganztagsbetreuung zu fördern.

Zudem ist es wichtig, dass der Kreis auch hier Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten in der Kreisvolkshochschule schafft und eine gute Qualität der Ganztagsbetreuung zu schaffen bzw. zu erhalten.



Wie in der letzten Sitzung des JHA dargestellt, ist das Jugendamt auch hier Planungsbehörde für den Bereich SBG VIII. Die Verteilung des Bundesmittel wurde in der Sitzung dargestellt.

Kreiselternausschuss der Kindertagesstätten im Rhein-Pfalz-Kreis (KEA RPK)

c/o Jugendamt des Rhein-Pfalz-Kreises
Europaplatz 5
67063 Ludwigshafen
E-Mail: info@kea-rheinpfalz.de

Sowohl GTS, betreuende Grundschule und Hort gelten als Angebot zur Erfüllung des Rechtsanspruchs. Hier sind die Kommunen im Rhein-Pfalz-Kreis aufgrund ihrer verschiedenen Einwohnerstrukturen nach meinen Kenntnissen sehr unterschiedlich aufgestellt.

Da sich das Ganztagsfördergesetz in Teile SBG VII (Jugendamt) und Schulbauförderung (ADD) spaltet, ist die Förderung aus zwei Töpfen höchst komplex. Hierzu könnten wir uns bei der Bauabteilung der Kreisverwaltung eine Art „Förderlotsen“ vorstellen, der die Kommunen berät. Geklärt werden muss in jedem Fall noch die sehr umfassende Ferienbetreuung, da im Gesetz nur von 4 Wochen Schließzeit die Rede ist. Hierzu sind ja erste Überlegungen der Kreisjugendpflege in Zusammenarbeit mit der Gemeindejugendpflege in Gang.

Zusammengefasst ist die Verwaltung und das Land Rheinland-Pfalz gefragt. Versprechen seitens der Politik im Vorfeld der Kommunalwahl zu machen, erscheinen mir m. E. gegenüber den Eltern und den Kindern nicht fair.



Die Kreisverwaltung kann bzw. unterstützt bereits Ganztagschulen mit Angeboten seiner Volkshochschule und Musikschule.



Im Bildungsbereich gibt es viel Arbeit zu leisten, so auch im Rhein-Pfalz-Kreis. Der Rhein-Pfalz-Kreis, die Familien und Kindern haben in einigen Bereichen und Gebieten Chancen in
Kreiselternausschuss der Kindertagesstätten im Rhein-Pfalz-Kreis (KEA RPK)

gemeinsamen Engagements die Herausforderungen zu bewältigen. Doch die Chancengleichheit, gibt es auch im Rhein-Pfalz-Kreis und in der Vorderpfalz bislang leider nicht in allen Gebieten. Ich muss auch an die Stadt Ludwigshafen am Rhein denken und an Regionen im Kreis, in denen es Familien nicht gut geht. Im politischen Engagement versuche ich realistisch zu bleiben. Ich glaube, dass die Kommunen, Länder, Bildung ist auch „Länder-Sache“, der Bund, die Eltern und Einrichtungen die Aufgaben, wie auch die Parteien nicht komplett im Alleingang bewältigen können, sondern die Kooperation suchen sollten.

Ich sehe die gesamt-gesellschaftliche Verantwortung und auch die Pflicht zum Wohl unserer Kinder, der Eltern, der Familien, auch für Partei, auch für unsere Partei, die Notwendigkeit über den „eigenen Tellerrand“ hinauszusehen und Gremien- Einrichtungs- und Partei-übergreifend zusammenzuwirken, damit gute Bildung für alle Kinder und Menschen ohne Ausnahme in der Kommune, im Rhein-Pfalz-Kreis, in allen Städten und Gemeinden, im Land, im Bund und in Europa möglich wird. Gute Bildung bedeutet für mich, dass auch alle Kinder und Schüler*innen Zugang zu Hochschulen und Fachhochschule haben sollten, wenn es der Wunsch von Kindern ist, zu studieren. Dafür müssen die Grundlagen im Sinne der Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendliche geschaffen werden, ungeachtet der sozialen Herkunft.

Gesamtgesellschaftlich betrachtet, so glaube ich sollten die Bemühungen der Kampagne „Werde Erzieherin oder Erzieher. Einrichtungs- Vertretungs- Partei-übergreifen unterstützt werden.“ Grundsätzlich gilt es auch das Land Rheinland-Pfalz, die Kommunen, den Rhein-Pfalz-Kreis, die Stadt, Einrichtungen, Familien, Kindern und Eltern sowie die Trägerinnen und Träger von Kindertageseinrichtungen bei der Suche nach neuen Fachkräften zu unterstützen, vergleiche hierzu auch die Informationen sind zu finden auf der kampagneneigenen Website und auf dem Instagram-Kanal [werdeerzieherinodererzieherrlp](#).

Zudem sollten Fachkräfte mit geeigneter Ausbildung und Trägerinnen und Träger unterstützt werden bei einem Wunsch von Europa oder auch ausserhalb von Europa nach Deutschland in die Kommunen zu kommen und zu arbeiten in besonderer Weise unterstützt und gefördert werden. Ein Zugang zur Arbeitsaufnahme und die Förderung von Sprachkenntnissen sollten Länder-Einrichtungs- und Träger-übergreifend gefördert und erleichtert werden. Dazu zählt auch der Abbau bürokratischer Hürden. Es müssen mehr Fachkräfte, Lehrer*innen und Erzieher*innen ausgebildet werden.

Die Linke ist bekannt für ihre Forderung: 100 000 Lehrkräfte mehr. Um den Unterrichtsausfall an Schulen und die Überlastung der Lehrkräfte zu beenden müssen deutlich mehr Lehrer*innen ausgebildet und eingestellt werden. Lehrkräfte brauchen auch Zeit für Kontakt mit den Familien, um Kinder gut zu unterstützen.

Wir brauchen eine solidarische Umlagefinanzierung, die alle Betriebe in die Pflicht nimmt, damit genug Ausbildungsplätze, das meint natürlich auch für die Ausbildung von Erzieher*innen, geschaffen werden. Die gesetzliche Mindestausbildungsvergütung muss zum Leben reichen.

Die Forderung von mehr als 160 Organisationen für die Bildungswende jetzt sollten wir Einrichtungs- Gremien- Partei-übergreifend prüfen und unterstützen. Noch im Herbst 2023 informierte die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Rheinland-Pfalz, GEW, dazu dass bundesweit der Beginn des neuen Kita- und Schuljahres für viele Kinder, Jugendliche und auch

Kreiselternausschuss der Kindertagesstätten im Rhein-Pfalz-Kreis (KEA RPK)

Beschäftigte den Start in einen zunehmend schwieriger werdenden Alltag in den Bildungseinrichtungen bedeute. Die Bildungskrise spitzt sich zu, mahnte die GEW.

Laut der neuesten IGLU-Studie hat ein Viertel Viertklässler*innen Schwierigkeiten beim Lesen, Schreiben und Rechnen. Jedes Jahr verlassen deutschlandweit etwa so viele Menschen das Bildungssystem ohne Abschluss, wie in einer mittelgroßen Stadt wie Speyer leben.

Laut GEW sind die Probleme bereits bekannt: „Der enorme und wachsende Mangel an Lehrer*innen und Erzieher*innen trifft auf ein marodes Bildungssystem: veraltet, unterfinanziert, spaltend und ungerecht. Bis 2035 wird es bundesweit einen dramatischen Lehrkräftemangel geben, der der Einwohnerzahl von Ludwigshafen am Rhein entspricht. Zusätzlich fehlen Hunderttausende Erzieher*innen in Kitas und Krippen – von den fehlenden Plätzen ganz zu schweigen.“